

## **14. September 1970: Bericht des Vorsitzenden des KGB, Ju. V. Andropov, an das ZK der KPdSU über den Moskauer Vertrag im Blickpunkt der Öffentlichkeit und der politischen Kreise in den westlichen Ländern\***

Streng geheim

Der sowjetisch-westdeutsche Vertrag vom 12. August d. J. bleibt weiterhin im Blickpunkt der Öffentlichkeit und der politischen Kreise in den westlichen Ländern. Die uns vorliegenden Daten zeugen davon, dass die Westmächte den Vertrag zwar offiziell befürworten, jedoch gleichzeitig große Sorge wegen möglicher Folgen einer Weiterentwicklung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen haben, weil sie der Meinung sind, der Sowjetunion sei es gelungen, von der BRD die Aufnahme einiger wichtiger Punkte in den Vertrag zu erreichen, die von der sowjetischen Diplomatie zur Umsetzung langfristiger Ziele der UdSSR in Europa genutzt werden könnten.

Diese Beunruhigung rührt vor allem daher, dass, nach Meinung westlicher Experten, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern die Nachkriegskonstellation der politischen Kräfte in Westeuropa grundlegend in eine für den Westen ungünstige Richtung ändern und zu einer Stärkung des Einflusses der Sowjetunion in diesem Raum führen könnte.

Nach Einschätzung einiger Mitarbeiter des US-State Departments bedeute die Unterzeichnung des Vertrags, dass „die BRD nicht mehr vorhat, sich ausschließlich auf das Bündnis mit den USA zu verlassen, sondern darauf abzielen wird, ihre Position in Europa durch Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion zu stärken“. Im State Department geht man davon aus, dass das Auftauchen eines neben Frankreich weiteren großen Staates mit stabilen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern dazu führen könnte, dass die USA in Europa langfristig „nicht mehr ihren früheren bestimmenden Einfluss haben werden“. Der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD sei, so Kissinger, ein „Weckruf“, der daran erinnere, dass in 5 bis 6 Jahren das Problem in Bezug auf die BRD „sich den USA in all seiner Größe stellen wird“.

In Regierungskreisen der Westmächte werden ernste Befürchtungen geäußert, der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD könnte die Selbständigkeit der BRD fördern und zu einem starken Anstieg ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Europa führen. Zusätzliche Möglichkeiten für eine beträchtliche Steigerung der Wirtschafts- und Finanzkraft der BRD und gleichzeitig auch ihres politischen Einflusses in Europa schaffe laut westlichen Experten die Ausweitung der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Westdeutschland und den sozialistischen Ländern.

Nach Einschätzung westlicher Experten habe die Regierung der BRD mit der Unterzeichnung des Vertrags mit der Sowjetunion den Westmächten zu verstehen gegeben, dass sie „ein in seinen Handlungen freier Verbündeter“ sein möchte und dass „die Rechte der drei Westmächte die BRD nicht daran hindern werden, ihre Angelegenheiten entsprechend ihren eigenen Interessen umzusetzen“.

Was die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion angehe, so geht das Außenministerium Englands davon aus, dass Westdeutschland sich schrittweise von den durch seinen Status als besiegtes Land bedingten Einschränkungen befreien und sich in seinem Rechtsstatus an die anderen Westmächte annähern werde, was wiederum die Möglichkeiten beschränken werde, „die Deutschen im Zaum zu halten“.

Die größten Befürchtungen hinsichtlich der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags äußert Frankreich. In französischen Regierungskreisen geht man davon aus, dass der

---

\* RGANI, F. 5, op. 62, d. 695, S. 98–100. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 14. September 1970, Nr. 2517-A, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 30147, 15. September 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 1-st.“ 4 Unterschriften: Suslov, Katušev, zwei unleserlich.

Vertrag günstigere Bedingungen für die Realisierung der Ziele der BRD schaffen werde. Diese ziele darauf ab, Frankreichs Platz als wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner der Sowjetunion in Westeuropa einzunehmen und die führende Macht in Europa zu werden.

Den vorhandenen Unterlagen nach zu urteilen, hat sich bei einem Teil der politischen Kreise des Westens nach der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags eine gewisse Wachsamkeit in Bezug auf die Ziele von Brandts „Ostpolitik“ entwickelt. Es gibt die Meinung, Brandt habe seine westlichen Verbündeten nicht vollständig über die Verhandlungen in Moskau informiert. Im englischen Außenministerium schließt man nicht aus, dass Brandt in Zukunft „in Versuchung geraten könnte“, den sozialistischen Ländern Zugeständnisse zu machen, um sich über „irgendetwas Wichtiges“ hinter dem Rücken der Westmächte zu einigen.

Insgesamt gehen die Regierungskreise im Westen davon aus, dass der begonnene Normalisierungsprozess in den Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern Bedingungen für eine Verschärfung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten schaffen könnte. Dabei wird angemerkt, dass für die sowjetische Diplomatie günstige Möglichkeiten entstünden, das Streben der BRD nach einer größeren wirtschaftlichen und politischen Rolle in Europa und die damit verbundenen Befürchtungen der Westmächte für sich zu nutzen. Laut westlichen Experten werde durch die Ausweitung der Wirtschaftsverbindungen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern der Konkurrenzkampf der westlichen Firmen um die Märkte dieser Länder verstärkt, was wiederum auch der Sowjetunion zusätzliche Möglichkeiten zur Ausübung von politischem und wirtschaftlichem Druck auf die Westmächte gebe.

Unter diesen Umständen ist zu erwarten, dass Regierungskreise der USA, Englands und Frankreichs Maßnahmen zur Verstärkung koordinierter Aktivitäten der westlichen Diplomatie gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ergreifen und außerdem einen gewissen Druck auf die westdeutsche Regierung ausüben werden. In diesem Zusammenhang fallen die Äußerungen des State Departments der USA darüber auf, dass die vierseitigen Verhandlungen zur Berlin-Frage von größerer politischer Bedeutung seien als der sowjetisch-westdeutsche Vertrag. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Westmächte versuchen werden, die Verhandlungen zu Westberlin hinauszuzögern, um die Ratifizierung des Vertrags zwischen der BRD und der UdSSR aufzuschieben und die weitere Entwicklung der „Ostpolitik“ Brandts zu „bremsen“.

Der Vorsitzende des Komitees für Staatsicherheit

Andropov<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.